

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

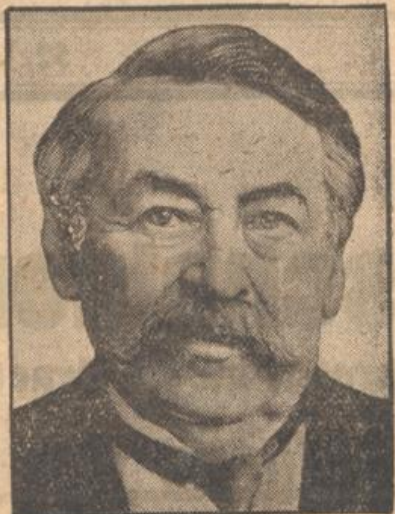
Der Volksfreund. 1901-1932 1932

57 (8.3.1932)

Briand †

Das Friedenswerk des Mannes von Locarno muß fortgesetzt werden, wenn nicht ein neuer Weltkrieg Europa zugrunde richten soll

Paris, 7. März. (Eig. Draht.) Der frühere Ministerpräsident und Außenminister Aristide Briand ist am Montag nachmittag kurz nach 1 Uhr in seiner Wohnung in der Avenue Kleber gestorben. Um 10 Uhr vormittags hatte Briand nach einer etwas unruhigen Nacht das Bewußtsein verloren. Sein sofort herbeigerufener Hausarzt versuchte durch Einspritzungen den Totkranken wieder zu beleben. Da alle Ein-



griffe erfolglos blieben, ließ der Arzt den Neffen und die Nichte Briands sowie seinen Freund Beycelot benachrichtigen, die kurz darauf am Krankenbett erschienen. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, schlummerte Briand in den Tod.

Nur wenige Wochen hat Aristide Briand die unfreiwillige Muße genossen, die ihm durch seine Ausbootung aus der Regierung Laual gewährt wurde. Der Tod hat die Pläne des fast Siebzigjährigen plötzlich durchkreuzt, der den Aufenthalt auf seinem geliebten Landgut Cocherel in der Normandie als einen Erholungsurlaub von der Politik betrachtete, nach dem er dann mit frischen Kräften an dem Wahlkampf teilnehmen und Revanche an seinen reaktionären Widersachern zu üben gedachte. Seine erste Wahlversammlung im heimatischen Wahlkreis Nantes war bereits festgesetzt und nach dem erwarteten Sieg der Linken wollte er wieder jene führende Rolle in der Politik Frankreichs und der Welt spielen, die nur durch reaktionäre Intrigen unterbrochen worden war. Der Tod hat jedoch denen Recht gegeben, die diesem Plan skeptisch gegenüberstanden, weil sie den Staatsmann von Locarno für verbrannt hielten.

Briands erstaunliche Klugheit und geistige Elastizität hatte am 13. Mai 1931 einen tödlichen Schlag erlitten, als er wider Erwarten bei der Präsidentenwahl in Versailles unterlag. Sein Gesundheitszustand war schon damals nicht mehr der allerbeste, aber die Enttäuschung hatte ihn innerlich gebrochen. Es wäre für ihn und sein Prestige im Lande und in der Welt sicherlich viel besser gewesen, wenn er bei seinem ersten Kandidatensitzung geblieben wäre, anstatt noch monatelang im Schatten Lauals eine Statistenrolle zu spielen, die seiner großen Vergangenheit nicht entsprach.

Der ehemalige revolutionäre Sozialist hatte seit seinem Uebertritt in das Lager des fortschrittlichen Bürgerturns bereits in den letzten 10 Jahren vor dem Krieg einen entscheidenden Einfluß, durchaus nicht einseitlich und nicht immer erfreulich. Um so größer waren die Verdienste, die er sich nach dem Kriege erwarb, um durch die Wiederherstellung eines erträglichen, in freundschaftlichen, Verhältnisses zwischen den „Erzfeinden“ Deutschlands und Frankreichs. Schon Anfang 1922 hatte er versucht, einen neuen Kurs einzuschlagen, war aber von Poincaré und Millerand gestört worden, als er sich in Cannes anstellte, mit Rathenau die Grundlage einer neuen Politik zwischen Sieger und Besiegten zu legen. Erst der Wahlerfolg der Linken über den Nationalen Block zwei Jahre später gab ihm die Möglichkeit, sein großes Ziel wieder aktiv zu verfolgen. Er wurde der „Mann von Locarno“, der zusammen mit Stresemann bemüht war, die Verständigung der beiden Völker zu fördern.

Freilich hatte er dabei mit den stärksten Widerständen im eigenen Land zu kämpfen. Während man in Deutschland gegen einen Stresemann den Vorwurf erhob, daß er zu wenig erreichte, daß er sich mit ungenügenden Zwischenstufen abgeben lasse, daß die Früchte der Verständigungspolitik viel zu langsam reifen, mußte Briand in Frankreich die Anklage über sich ergehen lassen, daß er die Rechte Frankreichs preisgibt und ohne Gegenleistung und Garantien preisgibt, so wie er den Revanchewillen im deutschen Volke durch seine Nachgiebigkeit ermuntere.

Die deutschen Reichstagswahlen vom September 1930, die der Rheinlandräumung folgten und einen ungeheuren Aufschwung des extremen deutschen Nationalismus brachten, schienen diesen Anklagen gegen Briand recht zu geben. Sie waren für ihn ein schwerer Schlag, von dem er sich politisch nicht erhobte. Er selbst hatte zwar den Glauben an die Annäherung zwischen den beiden Völkern nicht verloren. Mit bewundernswürdiger Objektivität versuchte er, seinen Landsleuten die wahren wirtschaftlichen Gründe des Hitlerischen Erfolgs klarzumachen, aber die nackten Tatsachen waren nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen. Von dieser Zeit datiert der politische Niedergang Briands, der durch seine Niederlage in Versailles offenbar wurde.

Nun sind beide Vorkämpfer der Verständigungspolitik, Briand und Stresemann, tot. Auch ihr Werk leidet unter der Weltkrise, die Millionen von Menschen in allen Ländern den Argumenten der Vernunft unzugänglich macht. Aber das Werk wird weiterleben. Es muß fortgesetzt werden, wenn nicht die europäische Kultur in einem neuen Weltkrieg endgültig zu Grunde gerichtet werden soll.

Nach: u'e

Paris, 7. März. (Eig. Draht.) In der Kammer löste der Tod Briands starke Bestürzung aus. Ministerpräsident Lardieu schloß sich im Namen der Regierung der Trauerrede des Kammerpräsidenten an und erklärte: „Der Tod Briands löst in uns allen die tiefste Bewegung aus. Der Ruhm, den Aristide Briand der französischen Triebüne verliehen hat, seine Anteilnahme an der harten Aufgabe der Organisation der Welt nach dem schrecklichsten Kriege,

den die Menschheit je erlebt hat, muß auch allen denjenigen, die ihn bekämpft haben, eine respektvolle Erinnerung auferlegen.“ Als Briands Tod bekannt wurde, begab sich Doumer, der Präsident der französischen Republik, nach der Avenue Kleber, wo er sich vor der Leiche Briands verneigte. Die Präsidenten der Kammer und des Senats, Ministerpräsident Lardieu und die übrigen Minister, zahlreiche hohe Beamte, Parlamentarier und Diplomaten folgten. Auch der deutsche Geschäftsträger Förster trat sich in die in der Wohnung aufgestellte Kondolenzliste ein.

Die Regierung hat beschlossen, dem früheren Ministerpräsidenten ein Staatsbegräbnis zu bereiten, das am Donnerstag vormittags stattfinden wird. Die Leiche wird im Außenministerium aufgebahrt werden, von wo sich der Leichenzug nach dem Friedhof begeben wird.

London, 7. März. (Eig. Draht.) Briands plötzlicher Tod hat in England große Bestürzung hervorgerufen. Die Londoner Blätter verknüpfen seinen Namen mit allen Stadien des Kampfes um den Frieden in Europa, ganz besonders aber mit Locarno.

Der Daily Herald schreibt: „Briands Tod ist ein unerleikbarer Verlust für Frankreich und für die Welt, denn Briand war ein erlauchter Kämpfer für den Frieden. Zweifellos hätte man seinen beruhigenden Einfluß gefühlt, falls die Ereignisse unglückliche Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Frankreich haben sollten.“

Genf, 7. März. (Eig. Draht.) Der Präsident der Abrüstungs-Kommission, Arthur Henderson, veröffentlicht zum Tode Briands folgende Erklärung: „Briands Tod wird in der ganzen Welt als eine schwere Wunde für die große Sache gefühlt werden, der er so gut gedient hat. Er brachte für sein internationales Werk die feinste Blüte des französischen Geistes mit. Jede Nation wird sein Andenken ehren als eines der größten Führer, den die Sache des Friedens durch den Völkerverbund je gehabt hat.“

Paris, 7. März. (Eig. Draht.) Der französische Sozialist Léon Blum äußerte sich gegenüber dem Vertreter des Soc. Pressebüros über den Tod Briands wie folgt: „Das Hinscheiden des großen französischen Staatsmannes bedeutet einen ungeheuren Verlust für Frankreich und für ganz Europa. Indem ich dies sage, denke ich

weniger an alles, was Briand während seiner langen und fruchtbareren Tätigkeit als Staatsmann geleistet hat, als vor allem an das, was er in der Gegenwart in den Augen der Welt verkörpert hat: Die Idee des Friedens und der Völkerverständigung.“

Berlin, 7. März. (Eig. Draht.) Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun äußert sich zu dem Berliner Vertreter der Agence Havas: Es hat mich tief erschüttert, daß jetzt nach Stresemann nun auch der andere unermüdbare Kämpfer für die deutsch-französische Verständigung, Aristide Briand dahingegangen ist. Beide Männer haben ihr Bestes für die Idee der Verständigung unserer beiden Länder gegeben. Jetzt sind sie nicht mehr. Die Sache aber, der sie mit Leib und Seele dienen wollten, ist nicht tot. Das Lebensinteresse Europas verlangt gebieterisch, daß die deutsch-französische Verständigung kommt. Das wird die größte Ehreung auch des großen Toten Briand sein.

Berlin, 7. März. Reichsminister Dr. Brüning übermittelte dem Berliner Vertreter der Havasagentur einen herzlich geballenen Nachruf auf Briand, in dem er Briands Tod als schweren Verlust für das französische Volk bezeichnet.

W.B. Berlin, 7. März. Zum Hinscheiden Briands übermittelte der Reichsminister dem Berliner Vertreter der Havas-Agentur u. a. folgende Erklärung: „Kein ausländischer Staatsmann war wohl auch in Deutschland so bekannt und so vielgenannt wie er. Sein Name ist für das deutsche Volk verbunden mit den deutsch-französischen Annäherungsbestrebungen und wird in diesem Sinne fortzuleben. Was die Entwicklung der Dinge Deutschlands auch schwere Enttäuschungen gebracht haben, so erkennt das deutsche Volk doch an der Bahre dieses Mannes an, daß er, in unermüdblicher Pflichttreue seinem Heimatlande dienend, gleichzeitig ein aufrichtiger und überzeugter Diener der Friedensidee war, dessen erbliches Streben der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gegolten hat. Ich persönlich empfinde das Hinscheiden Briands um so schmerzlicher, als ich bei den deutsch-französischen Ministerbesprechungen des letzten Sommers Gelegenheit gehabt habe, mit Aristide Briand persönliche Beziehungen anzuknüpfen und dabei seinen politischen Weltbild, seine Abgeschiedenheit und die Wärme seines Wesens unmittelbar kennen zu lernen.“

Die Berliner Morgenblätter widmen Briand große Nachrufe. Das Berliner Tageblatt bezeichnet als die einzige Ehreung, die Briand würdig sei, die Fortsetzung seines Friedenswerkes. Der Bismarck nennt ihn einen Sozialisten, der er im Grunde seines Herzens immer geliebt sei.

Die M.Z. schreibt, er war Franzose und formte es als Franzose. Aber ihm war nichts Menschliches fremd.

Nazi-Roehm als 175er

Saustall und Hakenkreuz

Das ist Hitlers Freund und Stabschef - Warum der SA-Führer die jungen Leute liebt - Was würde erst im Dritten Reich werden

Am Montag hat ein Berliner Blatt einen Brief des Führers der SA, Oberstleutnant a. D. Roehm, an einen seiner Freunde veröffentlicht. Roehm gesteht in diesem Brief, daß er gleichgeschlechtlich ist, den Verkehr mit Frauen für eine widerwärtige Angelegenheit halte und er deshalb für die Jagd auf entsprechende Liebesobjekte täglich einige Zeit verbringt.

Roehm ist der Führer der nationalsozialistischen SA, die sich zum großen Teil aus jugendlichen Elementen zusammensetzt. Er hat die Macht über diese jungen Leute. Er kann sie mißbrauchen, und es gibt in seinem Briefwechsel Stellen, daß er früher seine Vorgesetzten durch ähnliche illegale Retorten mißbraucht hat, wie es die SA-Leute sind. Hitler weiß, wie es um Roehm bestellt ist und welche Gefahr dieser Mann für die ihm anvertraute Jugend bedeutet. Trotzdem trennt er sich nicht von seinem Stabschef. Wahrscheinlich weil er sich gar nicht mehr von ihm trennen kann, weil Roehm über den Naziladen zu sehr Verscheid weiß und seine erzwingener Abgang das politische Ende Hitlers bedeuten würde. Aus diesem Grunde identifiziert er sich lieber mit Roehm und duldet dessen Gemeingefährlichkeit in den Reihen der SA.

Wir würden uns mit Roehms Neigungen nicht mit einem Wort befassen, wenn er sich danach benommen hätte, aber Herr Roehm ist der Chef einer Bürgerkriegsarmee, die im Namen Hitlers das „Kopferrollen“ und Aufhängen besorgen soll. Er ist der Stabschef des Reichspräsidentenstandbuden der Naziartei, die uns mit Gewalt ihre Kultur diktiert will und es sich zum Prinzip gemacht hat, in der politischen Agitation vor keinem Mittel, sei es die Lüge oder Verleumdung, zurückzuführen. So muß es sich Herr Roehm gefallen lassen, daß er jetzt ein Opfer seines „Systems“ wird, eines Systems, das nicht nur rüch, sondern faul ist und stinkt, aber dennoch von Hitler gebildet wird.

Hier ein neuer Beweis, wie das „System“ Hitler-Roehm in der Wirklichkeit aussieht: Am 11. August 1929 richtete Oberstleutnant Roehm, der damals im Dienst Bolognens stand, an einen seiner Berliner „Freunde“ folgenden Brief:

Mein lieber Herr Doktor S. . . . !

So so, in Paris waren Sie also und haben dort einmal nach dem Rechten gesehen und sich Scheinbar, wenn auch auf ruffisch, so doch recht ordentlich unterhalten. Meinen Glückwunsch nachträglich . . . und so lebe ich hier nun, nur mit einer Unterbrechung von drei Tagen in La Paz, seit Mitte Juni für mich allein. Ich war fünf Wochen in Lucre dort mit meinem jungen Freund - der ja leider nicht in Frage kommt - beisammen und nun bin ich bis Ende August hier in einem kalten und windigen Saustall an der Grenze. In Lucre wie auch hier beschäme ich die hier sitzenden Infanterieregimenter, leite den Dienst und lese alle Nebenburen an, deren Schlaf immer eine ausgiebige Kritik folgt. Die Anstellungen kriechen Keutnants würden Ihnen sicher gefallen, aber leider, natürlich unmöglich. Oder hätten Sie für junge Regere in Uniform etwas übrig? Die gibts auch vereinzelt. Wie gelangt, nun muß ich mich halt gedulden, bis ich wieder in La Paz bin. Dort bin ich vorläufig verortet, wenn ich nicht Ende des Monats von hier einen Absteiger an die chilenische Küste nach Antofagasta mache. So nun wissen Sie so ziemlich alles über mein persönliches Leben, wobei ich noch bemerken muß, daß mein Geschlechtsverhältnis nicht nur nicht nachgelassen, sondern sich vielleicht eher verhärtet hat. Für Ihre Horoskopansarbeitung meinen herzlichsten Dank.

Luoni, 11. August 1929.

Es hat mich alles außerordentlich interessiert, wenn ich auch im puncto puncto ebensowenig klar sehe wie früher. Aber das Wesentliche ist leicht schlichtlich, was mir Vergnügen macht. Etwas neuwertig hat mich schließlich Ihre Feststellung bezüglich meiner Stellung zum Beruf. Daß mir dieses schicksalhaft ist, aber ich wahrhaftig noch nie wahrgenommen, eher das Gegenteil. Aber so Schwanzfänger in gewissen Punkten ist mir wohl jedes Horoskop aussagekräftig, und schließlich ist es mir nur ein Anhalt. Was Sie von Berlin schreiben, hat wieder alle meine Sehnsucht nach dieser einigigen Stadt erweckt. Herr Gott, ich hätte schon die Tage, mo ich wieder dort sein kann und will hier wirklich, wenn es einmal möglich ist, sparen, damit ich dort etwas von Leben habe. Das (unleiderlich) dort ist aber doch meiner Ansicht nach der Gipfel aller menschlichen Glüds. Jedenfalls hat mir dort die Art und Weise des Verkehrs aus besonders gefallen. An P. . . . E. Jaagen Sie besonders herzlich Grüße. Auch wenn Sie meine überaus schmerzhaften Retorten - dieser Top ist mein Zebra - in (unselbstlich) wiedersehen. Und nun Jaagen Sie unterm gemeinen Namen Freund Fritz Sch. . . . herzlichsten Gruß und geben ihm in meinem Namen - leider - einen Kuß. Nachdem Sie, wie ich hoffe, auch jetzt glücklich noch verheiratet sind, möchte ich mich, widerrate ich natürlich dringend einem Aufenthaltswortchen und eine damit verbundene allentfallige Scheidung. Ich muß überaus nachdrücklich beanstanden, daß Ihr Herr Gatte (oder Frau) Gemahllich kein Bild von sich beigelegt hat. Für diese Dinge ist mon hier äußerst empfänglich. - In diesem Zusammenhang bitte ich Sie übrigens herzlich: Sie zeigen mir einmal eine so herliche schöne Bilder Sammlung, einschlägiger Szenen. Sollten Sie in dieser Beziehung einige überflüssige Bildchen haben oder für mich erwerben können, so bitte senden Sie mir bestmöglich einige. Ich will Ihnen ewig danken. Nun aber zu Freunden über die Welt zu gehen. Da kann ich wahrhaftig nur in „wärmere“ freundschaftlicher Art widerraten. Ein Unterkommen a. B. in Bolivien für einen jungen Mann ist (unselbstlich) auszusprechen. Und in Chile ist es nicht besser. Der ganze kaufmännische Markt (auch was anderes kommt wohl nicht in Frage), ist derzeit überfüllt, und Hunderte in der Heimat, die vorgemerkte sind, nicht daran denken können, hier eine Stellung zu erhalten. Ich habe natürlich selbst einige Witwer zu Hause, die ich gerne herausbringen hätte, aber ich habe es ganz aufgegeben. Dazu ist auch die Bezahlung der jungen Leute abfolgt unzureichend, speziell von den deutschen Häusern, die hier nachgehend sind. Also werde ich mich wiedersehen mit meinem Freund Fritz wohl verschrieben müssen. Bis ich - wohl Ende 1930 - nach Deutschland ganz oder auf Urlaub zurückkehre.

So und nun lassen Sie mich lehnüchtige Grüße nach Berlin nachmals senden und lassen auch Sie, lieber Herr Dr. S. Ich bin besonders herzlich an Ihnen

Bezüglichsten Handbichlag Ihr getreuer Ernst Roehm. Adresse bleibt: Lo iente vorone E. A. La Paz, Estado Marone. General Casilla 70.

Auf den in Sachen Roehm von den Berliner Morgenblättern veröffentlichten Brief hat Hitler und Roehm bis jetzt geschwiegen. Nicht einmal Nazi-Geebels, der sonst jede Behauptung über die Nazis, und wenn sie hundertmal wahr ist, dementiert, hat sich zu dem Brief zu äußern gewagt. Das für den ersten Brief von Roehm gilt, trifft auch für den nachfolgenden zu. Beide Briefe stammen von Herrn Roehm. Sie sind echt. Jeder Versuch, ihren Inhalt auch nur einen Augenblick zu betrachten, würde eine entsprechende Entgegnung nach sich ziehen.

Und nun mögen sich die Freunde der Nazis über das Roehm'sche System ein Bild machen. Aber bitte Gasmasken nicht vergessen. Das System Hitler stinkt fürchterlich.

Arbeiterverrat der KPD.

Sie wollen Hitler - Moskau sagt es

Die Kommunistische Partei treibt ein triviales Spiel mit dem Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse. Sie weiß genau, daß der Faschismus sich dem Ziele der politischen Machtergreifung näher denn je fühlt und daß

die Reichspräsidentenwahl der Auftakt zur letzten Entscheidung um die Staatsmacht

Sie weiß auch, daß die faschistischen Bürgerkriegshorden förmlich nach dem Blute der sozialistischen Republikaner lechzen und den verbrecherischen Wunsch hegen, mit der Mission des „Kaltmachens“ betraut zu werden, sobald ein faschistischer Reichspräsident gewählt ist.

Dennoch begehen die deutschen Handlanger des Moskowitzers Stalin die unverzeihliche Torheit, den arbeitenden Massen einzureden, ihr Hauptfeind sei nicht der Faschismus, sondern die Sozialdemokratie, dieselbe Sozialdemokratische Partei, die Deutschlands, deren Kampfmethoden es zu danken ist, daß Hitler, Goebbels, Frick und Genossen bisher die Reichsmacht nicht ergreifen konnten.

Die kommunistischen Demagogen wissen, daß das Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse die Verhinderung der politischen Machtergreifung durch den Faschismus verlangt, und sie wissen, daß durch die Verhinderung der Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten ein starker Wall gegen die drohende Gefahr des Bürgerkrieges errichtet wird. Trotzdem sind sie so

irrsinnig, der Wahl Hitlers Vorjubel zu leisten!

Es ist kindisch, wenn die Kommunisten der Sozialdemokratie vorwerfen, sie trete heute für denselben Hindenburg ein, den sie 1925 bekämpfte. Die deutsche Sozialdemokratie hat einen Vergleich mit 1925 nicht zu fürchten. Ihre damalige Haltung war so richtig wie ihre gegenwärtige. Bei der Reichspräsidentenwahl vor sieben Jahren war im ersten Wahlgang die KPD mit 1,8 Millionen Stimmen nur schwach, die Sozialdemokratie mit 7,8 Millionen Stimmen mehr als viermal so stark. Dennoch war eine abermalige Nominierung ihres Kandidaten Otto Braun im zweiten Wahlgang um so ausichtsloser, als die Kommunisten nicht daran dachten, für Braun zu stimmen.

Die kommunistische Führung wollte lieber Hindenburg als Otto Braun!

In ihrer Hand lag es, die Wahl Hindenburgs zu verhindern, aber sie tat es nicht.

Dieser Verrat der KPD an der Arbeiterklasse ist die Krönung der kommunistischen „Politik“.

Stets fiel die KPD der Arbeiterklasse in den Rücken!

Sie unterstützt den Faschismus, weil sie der Wahndee lebt, die faschistische Diktatur sei der „Düngeboden des Bolschewismus“. Deshalb die so oft konstatierte kommunistisch-faschistische Einheitsfront! Deshalb der kommunistisch-faschistische Kampf gegen die Sozialdemokratie!

Der Dank vom Hause Hitler!

Natürlich blieb der nationalsozialistische Dank für kommunistische Liebesdienste nicht aus. Schon 1924 streichelte der damalige Naziabgeordnete Streicher folgendermaßen die lieben kommunistischen Bundesbrüder:

„Zwischen den Zielen der Bolschewiken und der Kommunisten besteht außer einigen Unklarheiten in der nationalen Einstellung und in der Klassenfrage — wenig Trennendes.“

Der Abgeordnete Stöhr, einer der Prominentesten im unmittelbaren Gefolge Adolfs des Großen, erklärte am 18. März 1931 in einer Berliner Versammlung:

„Nicht der Kommunist ist für die NSDAP der gefährlichste Gegner. Mit der KPD läßt sich auf jeden Fall ein Modus vivendi finden.“

Von Thälmann zu Hitler!



Das ist der kommunistische Tschekamörder Felix Neumann, der unter der Zentrale Ruth Fischer-Thälmann den angeblichen Spitzel Rausch ermordete, und der eine Tschekastruppe leitete, die mit Bomben und Cholerabazillen ausgerüstet war.

Er verriet sich im Suff selbst der Polizei. Im Prozeß verriet er auf das schmachlichste alle seine Genossen und vor allem den Russen Skoblenowski, das Haupt der kommunistischen Terror- und Militärorganisation, um seinen Kopf zu retten.

Dieser tschekistische Vertrauensmann Thälmanns ist jetzt von den Nationalsozialisten mit offenen Armen aufgenommen worden und hält Propagandareden für den Faschismus und für Adolf Hitler!

Der wahre Feind steht von der SPD bis zu dem schwarzen Gefindel. Hier ist härtester Kampf am Platze.

Die Kommunisten schulter an Schulter mit den nationalsozialistischen Gemordoverherrlichen!

Ein wunderbares Bild, das zu einem einzigartigen Gemälde wurde, als der tschekische kommunistische Landtagsabgeordnete Sindermann einige wohlgezielte Winkelfrische hinzufügte. Er belehrte die Welt:

Bolschewismus und Faschismus haben ein gemeinsames Ziel!

Sindermann sagte im September 1930 — vor den Reichstagswahlen! — in einer Chemnitzer Versammlung:

„Wir arbeiten zu, daß wir im Bund mit den Nationalsozialisten stehen, daß wir vereint mit den Natio-



Die Bundesgenossen Thälmann und Hitler

nalsozialisten das bestehende System zertrümmern wollen, daß wir mit den Nazis gemeinsam in Deutschland den nationalen Bolschewismus einführen wollen. Nicht international, sondern national, mit den Faschisten, wollen wir die deutsche Arbeiterklasse betreiben. Bolschewismus und Faschismus haben beide ein gemeinsames Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, ist uns jedes Mittel recht.“

Die Kapitalisten jubelten, und in durchaus verständlicher Würdigung der Rolle, die die KPD nach den eigenen Worten ihrer Führer spielt, schrieb die schwerindustrielle Deutsche Bergwerkszeitung bereits am 29. November 1924:

„Enst ist den Kommunisten der Kampf gegen alle Sozialisten, Gewerkschaftler, aber schwach, lahm und nur künstlich aufgezäumt des Schlächters, mit dem sie gegen das Großunternehmertum ins Feld ziehen!“

Dafür erbrachte die schwerkapitalistisch-reaktionäre Deutsche

Allgemeine Zeitung einen geradezu klassischen Beweis, an den immer wieder erinnert werden muß. Das Berliner Kapitalistenorgan schrieb am 3. Februar 1930:

„Was die Kommunisten betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.“

Die Moskauer Antreiber

Am 27. und 28. Januar 1932 tagte im Kreml zu Moskau das Präsidium der Ekfi und des allmächtigen Politbüro. Am 29. Januar referierte Manuilsky, der das Referat „Deutschland“ in den Spionorganisations der kommunistischen Internationale inne hat, vor den Vertretern Deutschlands und der kommunistischen Partei Frankreichs. Manuilsky führte u. a. aus:

„Durch die letzten Ereignisse seien die Annahme und die Beschlüsse des 7. Plenums des Ekfi bestätigt worden. Die Tatsache der Verhandlungen Hitlers mit Brüning in der Reichspräsidentenfrage sei das eine. Die zweite sehr interessante und die kommunistische Politik am meisten bedrohende Tatsache sei:

die Schaffung der Eisernen Front der deutschen Sozialdemokratie und die unerwartete Aktivierung des Reichsbanners.“

Wir verfolgen mit großer Besorgnis die Entwicklung der Eisernen Front. Bei einer bestimmten Lage der Dinge könnte sie uns die Initiative bei dem Kampf mit dem Faschismus aus den Händen winden und die Arbeitermassen auf die Seite der Sozialdemokratischen Partei bringen. Das wäre für uns ungeheuer gefährlich. Wir waren gezwungen, schnellstens in Wien eine Konferenz zur Schaffung einer „Einheitsfront gegen den Faschismus“ einzuberufen. Ebenso wurde dem 3. K. der KPD vorgeschlagen, sofort eine rote Einheitsfront zu schaffen, die in erster Linie den Kampf gegen die Eisernen Front führen soll durch Enthüllung der Tätigkeit des Weis, Severing, Orseifski, Breitfeld und Hötzermann... Die heranrückende internationale Intervention rufe neue Aufgaben in den Vordergrund. Diese Intervention könne nur mit einem Mittel verhindert werden — durch die Aenderung des Status quo in Deutschland.“

In den Händen der KPD befindet sich im Augenblick das Schicksal der Weltrevolution. Unter allen Umständen die Brüning-Regierung zu kürzen, heißt die sich vorbereitende internationale Intervention gegen die UdSSR verhindern.“

Unter diesen Umständen wäre sogar eine Machtergreifung Hitlers begründbar. Denn nur diese sei im gegebenen Moment geeignet, die Aufmerksamkeit der internationalen Bourgeoisie vom Fernen Osten und dem Ueberfall auf die UdSSR, abzulenken und den Schwerpunkt wieder nach Europa hinüberzutragen.“

Wir haben beschlossen, so betonte Manuilsky, eine Reihe konkreter Maßnahmen zu ergreifen. Einerseits muß die KPD bereit sein, jeden Augenblick zum Angriff überzugehen und den politischen Machtkampf auf die Straße zu tragen... Herr Manuilsky schloß seine Rede mit dem folgenden Bekenntnis:

„Wir dürfen schließlich nicht außer acht lassen, daß die Tatsache der bloßen Machtergreifung Hitlers die Aufmerksamkeit unserer Feinde von der Sowjetunion abzulenken wird. Wir ziehen es vor, auf dem Platze des deutschen Reichskanzlers lieber Hitler als Brüning zu sehen.“

Niederlage der Nazis

Fortsetzung am 13. März

WFB, Hamburg, 7. Febr. (Eig. Meld.) Wie das Hamburger Fremdenblatt meldet, haben die Nationalsozialisten bei den gestrigen in der mecklenburgischen Stadt Greifß stattgefundenen Kommunalwahlen eine Niederlage erlitten. Verglichen mit dem Ergebnis der Kreiswahlwahlen vom November vorigen Jahres büßten die Nationalsozialisten 16 Prozent ihrer Stimmen ein. Diese Tatsache, so schreibt das Blatt, falle um-

somehr ins Gewicht, als die Wahlbeteiligung noch etwa 20 Prozent höher war als bei den letzten mecklenburgischen Kommunalwahlen im November. Die erhöhte Wahlbeteiligung sei den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Gruppen allein zugute gekommen. Die Sozialdemokraten gewannen etwa 20 Prozent.

Parole der Kriegsoffer

Gegen Faschismus und Kommunisten

Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegeshinterbliebenen trat am Samstag im Nürnberger Künstlerhaus zu seiner 20. Reichskonferenz zusammen. Der Auftakt der Konferenz bestand in einem scharfen Appell an die Kriegsoffer, die wirklichen Frontkämpfer, bei der Reichspräsidentenwahl dafür zu sorgen, daß die deutsche Republik nicht infolge eines Faschistenregimes im Blutbad eines Bürgerkriegs untergeht.

Der erste Vorsitzende des Bundes Christoph Pfändner wandte sich energisch gegen den Unfug, der von den Nationalsozialisten mit dem Beiriff Frontsoldaten und Frontkämpfer zum Zwecke des politischen Räubertriebs getrieben werde. Den wirklichen Frontkämpfern und Hinterbliebenen der gefallenen Kameraden, von denen mehr als eine halbe Million im Reichsbund organisiert seien, habe es in erster Linie an den Anteil daraufzulegen, der den Kriegsoffern im öffentlichen Leben zulomme. Nicht das Entem, nicht die Staatsform seien schuld an dem Zurückbleiben, was sie

erdulden müßten, sondern die Folgen des Krieges. Daher halten wir fest am demokratisch-republikanischen Staat, der jedem Bürger die Mitwirkung am Staate sichere. So lehr wir unsere parteipolitische Neutralität aufrecht erhalten, und soviel wir auch an den Methoden der NotverordnungsPolitik auszusetzen haben — wir lassen uns nicht in einen neuen Obrigkeitstaat, in eine faschistische Diktatur hineintreiben. Ein bewußt republikanischer Kurs muß akzentuiert werden, und weil wir das wollen, darum wenden wir uns auch bei der kommenden Reichspräsidentenwahl, bei der es um Sein oder Nichtsein der Republik geht, gegen alle, die im Falle eines Sieges das Chaos und den Bürgerkrieg auslösen würden. Deshalb sind wir bei der Präsidentenwahl gegen Hitler und seine Helfer, die Kommunisten. Deshalb stehen wir hinter Hindenburg.

Der Appell des Bundesvorsitzenden wurde von der Reichskonferenz mit stürmischer Zustimmung aufgenommen.

Freistaat Baden

Gegen politische Jugendverwildering

Der badische Kultusminister hat eine Verordnung erlassen, die allen wahlmündigen Schülern jede parteipolitische Betätigung aufs strengste verbietet. Ausführliche Mitteilung der Verordnung folgt morgen.

Das Treiben der Extremen

23. Schwetzingen, 7. März. Im Anschluß an eine Versammlung der NSDAP. kam es am Samstag abend gegen 12 Uhr zu politischen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Dabei wurde der Bäder Bogel durch einen Messerstich in der Hüfte verletzt.

23. Mannheim, 7. März. Gestern vormittag gerieten Angehörige verschiedener Parteien in Streit. Als das Ueberfallkommando eingriff, kückelten die Streithähne. Zwei Kommunisten wurden festgenommen. In der Redarstadt entzündeten gestern vormittag Anschläge von Nationalsozialisten und Kommunisten, so daß die Polizei die Straßen zum Teil mit dem Gummihüpfel säubern mußte.

23. Heidelberg, 7. März. Zur Anzeige gelangten zwei Personen wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und zwei Personen, die während der Nacht beim Anheben von politischen Propagandzetteln betroffen wurden.

23. Freiburg, 7. März. Der Polizeibericht meldet: In den Nächten zum Sonntag und zum Montag wurden an verschiedenen Stellen der Stadt an Häuserfronten, Mauern, Brücken und auf Wegen kommunistische und nationalsozialistische Wandaufträge und dergleichen angebracht. Auch wurden an verschiedenen Plakatsäulen Plakate überklebt bzw. beschädigt. Einige Personen konnten hierbei festgenommen werden. Untersuchung ist eingeleitet.

Sicherlegung der Badischen Bank nach Karlsruhe beschlossen

In der am Montag nachmittags in den Räumen der Badischen Bank in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung wurde die Verrückung der Bank, die die Sicherlegung der Badischen Bank nach Karlsruhe vorsieht, gegen die durch den Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhard vertretenen Stimmen genehmigt.

Schwarzarbeit und Arbeitslosenfürsorge

Der Staatsanwältler schreibt: Als Folgeerscheinung der großen Arbeitslosigkeit hat auch die Schwarzarbeit erheblich zugenommen. Unter Schwarzarbeit ist vor allem die Ausführung einer Arbeit durch einen Unterhaltungs-empfänger zu verstehen, der den dafür erhaltenen Verdienst dem Arbeitsamt oder dem Wohlfahrts- bzw. Fürsorgeamt verschweigt, damit er ihm nicht auf die Unterhaltung angerechnet werden kann. Die Gefahren, die in diesem Ueberhandnehmen der Schwarzarbeit liegen, dürfen nicht unterschätzt werden. Arbeitnehmer, die Schwarzarbeit ausüben, laufen sich damit auf Kosten der Allgemeinheit einen Vermögensanteil zu verschaffen, durch den unerschütterliche öffentliche Unterhaltungsstellen in Anspruch genommen werden. Insbesondere schädigt Schwarzarbeit die Gewerbetreibenden und trägt damit zur weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und zu erhöhter Arbeitslosigkeit bei.

Ansehen von diesen volkswirtschaftlichen Schäden, übernimmt bei Schwarzarbeit der einzelne Arbeitnehmer und Auftraggeber stets ein Risiko, das in keinem Verhältnis zum erzielten Gewinn steht. Gegen unterhaltete Arbeitnehmer, die Schwarzarbeit verrichten, kann neben der Rückzahlung der zu Unrecht bezogenen Unterhaltungsleistungen eine Ordnungsgeldstrafe bis zur doppelten Höhe des Tagesunterhaltungslozes verhängt werden; die Schwarzarbeiter haben außerdem im allgemeinen noch eine Strafanzeige wegen Betruges zu erwarten. Aber auch der Auftraggeber, der Schwarzarbeiter beschäftigt, kann sich eventuell wegen Beihilfe zum Betrug strafbar machen und läuft Gefahr, nachträglich noch erhebliche Strafbeiträge an die einzelnen Träger der Sozialversicherungen zahlen zu müssen. Es liegt daher im Interesse sowohl der Auftraggeber, als auch der Arbeitnehmer, die amtlichen Stellen in der Bekämpfung der Schwarzarbeit, gegen die überall mit größter Strenge vorgegangen werden muß, nach Kräften zu unterstützen.

Keine Verlängerung der Amtsdauer der Landessynode

23. Karlsruhe, 6. März. Vom Kirchengemeinderat Heidelberg a. a. war der Evangel. Kirchenregierung der Antrag zugewendet worden, die 1932 fälligen Wahlen zur Landessynode vorerst auf ein Jahr zu verschieben, d. h. die Amtsdauer der gegenwärtigen Landessynode zu verlängern. Die Kirchenregierung hat beschlossen, von der Stellung eines diesbezüglichen Antrages an die Landessynode abzusehen.

Genossenschaftliches

Heinrich Lorenz

Der langjährige Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1930 Geschäftsführer der Großhandelsfirma Deutscher Konsumvereine, feiert am 8. März seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß widmet die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ dem Jubilar, der 30 Jahre lang an führender Stelle der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung mit ihrer heutigen Größe verhalten hat, warme Worte des Dankes und der Anerkennung. Er, der schon als neun-jähriges Kind Zigarren sortieren mußte, spürte früh die Not und Bedrückung der Arbeiterklasse am eigenen Leibe. Diese Not zu bannen, machte er sich zur Aufgabe, die er in der Konsumgenossenschaftsbewegung fruchtbar zu machen, seiner Ansicht und Ausdauer in ausgesprochenem Maße erfüllte. Auch heute noch ist Heinrich Lorenz in aktiver und körperlicher Frische den Konsumgenossenschaften ein wertvoller Freund und Berater, der ihnen noch recht lange erhalten bleiben möge.

Zwei „nationale“ Wahlflugblätter

Aus einem Wahlflugblatt 1925!

Am 26. April handelt es sich darum, einen Parteivertreter zum Nachfolger Friedrich Eberts zu wählen. Es handelt sich nicht darum, die Frage der Staatsform mittelbar oder unmittelbar nach der oder jener Richtung zu entscheiden, oder gar den Gang der äußeren Politik in ein neues Fahrwasser zu bringen.

Es geht einzig und allein darum den besten und würdevollsten Mann, den lautersten Charakter, den unbestechlichsten Hüter von Recht und Sitte an die Spitze der Nation zu stellen, dem Deutschen Reich den einwandfreiesten Wähler seiner Ehre und seines Ansehens nach Innen und Außen zu geben.

Der drohenden Gefahr für die Zukunft unseres Vaterlandes zu begegnen, haben die auf nationalem Boden stehenden Parteien und die vaterländischen Verbände den Mann gerufen, der schon einmal in schwerster Not das Vaterland gerettet hat, der auch in der Schmach des Zusammenbruchs als ragender Fels sich bewährt hat,

den getreuen Eckfahnen des deutschen Volkes, unseren Hindenburg.

Er will seine noch immer gewaltige Kraft, sein unantastbares Ansehen dem deutschen Volke weihen! Seine Erhebung auf den Präsidentenstuhl soll das Zeichen sein der Rückkehr zu alt bewährter Treue und Würde, das jubelnde Bekenntnis zu einem neueren besseren Deutschland! Beim Namen Hindenburg soll alles, was an Schmutz und Parteilucht, an Kleinlichkeit und Würdelosigkeit frucht, verschwinden. Verschwinden soll alles, was uns seit den Tagen des November 1918 gedrückt hat.

Hindenburg soll unser Führer sein!

Aus einem Wahlflugblatt 1932:

Vos von Hindenburg,

auf den wir einst unsere ganze Hoffnung gesetzt hatten. Wir kennen ihn nicht mehr, wir Soldaten der Front, und erst recht nicht mehr, nachdem er den Kandidat jener geworden ist, die dem kämpfenden Heere den Dolch in den Rücken gestochen haben...

Er ist heute der Kandidat

jener Novemberverbrecher, die unser Volk in den Abgrund stießen.

Er ist heute der Kandidat

jener Seilmann und Crispian, die sein Vaterland kennen, welches Deutschland heißt.

Er ist heute der Kandidat

jener Ersberger und Alferpatrioten, denen der Landeserrat von jeher das einträglichste Geschäft gewesen ist.

Er ist der Kandidat

aller Juden, Schieber und Kriegsgewinnler.

Nur unser Kandidat ist er nicht!

Wir können ihn nicht mehr wählen. Wir wollen ihn nicht mehr wählen und wir werden ihn nicht mehr wählen.

Das erste der beiden Flugblätter ist ein offizielles Produkt des sogenannten Reichshilfs zum zweiten Wahlgang vor sieben Jahren. Das zweite, das mit der Aufforderung schließt, diesmal Adolf Hitler zu wählen, „den heldenhaften Meldegänger der Flammenkämpfe (1), den unbekanntesten Gestirten des großen Krieges, der mit dem Frontgeschick ver wachsen ist, seine Sehnsucht versteht und seine Wünsche erfüllen wird.“ stammt aus dem Berliner Gaubüro der Nazis.

Wir erwarten von der Reichspräsidentenwahl keine Wunder — uns genügt es, zu verhindern, daß der nationalsozialistische Böbelgeist den Sieg gewinnt. Je mehr aber Hindenburg von seinem ehemaligen Anhang trotz zugelegter „Ritterlichkeit“ des Kampfes heubudet und in den Schmutz gezogen wird, eine desto größere Genugtuung wird es für die sozialdemokratischen Arbeiter sein, eben diesen Hindenburg in seinem Amte zu befestigen und damit dem nationalsozialistischen Böbel zu zeigen, daß seine Macht Grenzen hat. Mag er am 13. März vor Blut heulen, das wird Ruß in unseren Ohren sein!

Weitere Zunahme der Weltarbeitslosigkeit

Die Weltarbeitslosigkeit hat auch weiterhin zugenommen. Nach der neuesten vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichten Statistik ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre nur in Polen um 4 Prozent zurückgegangen. Dagegen nahm sie in Deutschland um 24 Prozent, in Belgien um 90 Prozent, in Italien um 53 Prozent, in Holland um 94 Prozent, in der Tschechoslowakei um 57 Prozent, in Frankreich um 523 Prozent und in den Vereinigten Staaten von Amerika, wofür sie schon seit langem sehr stark ist, um 5 Prozent zu.

Die Stimme von oben

Das Rezept von heute! „Es fällt einem nichts in den Schoß“ und „Weim Fenster fliegt nicht herein“, sagte man früher. Heute steht die Hausfrau in ihrer Küche, steht und wird nicht im geringsten geküßt, wenn Sonne und Götter, die beiden Hagen Hausfrauen, unsichtbar und in lüthigem Zwiesgespräch aus dem Wetter zu ihr sprechen. Wie man gut kocht und trocknet wart, wie man durch Sannetta aus dem Eintrocknen ein neues Heil erden macht, und noch viele andere gute Ratssprüche — das alles erzählt Sonne und Götter. Aber — nicht vorgelesen! Sonne und Götter wollen selbst gehört sein. Nur eines sei noch verraten; zum Kochen, zum Waschen, zum Baden, aufs belegte und aufs alltagstretende Brot — Sonne und Götter verzeihen stets nur Sannetta.

Aus aller Welt

Regengüsse in Tunis

Paris, 7. März. Wie Sappas aus Tunis berichtet, sind dort infolge der starken Regengüsse zwei Häuser eingestürzt. 11 Personen kamen ums Leben.

Schwedischer Wirtschaftsführer von eigenem Sohn ermordet

Stockholm, 7. März. Eine der bekanntesten Persönlichkeiten Schwedens, der kürzlich zurückgetretene Direktor der Arbeitsbeschleunigungsgesellschaft Hjalmar von Sjöbohm, wurde heute nachmittags in seiner Wohnung ermordet aufgefunden; mit ihm sind auch seine beiden Dienertinnen ermordet worden. Die schaurige Entdeckung machte seine unverheiratete Tochter, die bei ihrem Vater wohnte, als sie gegen 5 Uhr nachmittags von einer Besorgung zurückkehrte.

Zu der Ermordung wird spät abends aus Uppsala gemeldet, daß der Sohn des Ermordeten, der Student der Rechte Fredrik von Sjöbohm, heute abend in seinem Hotel seine Ehefrau und sich dann selbst erschossen hat. Die Tat geschah, als der junge von Sjöbohm erfahren hatte, daß ein Kriminalbeamter in dem Hotel auf ihn wartete.

Die Polizei erklärt nun, daß alles darauf hindeutet, daß der Sohn des Ermordeten von Sjöbohm die Tat und zwar wahrscheinlich in einem Unfall eifersüchtiger Umnachtung begangen hat. Es steht fest, daß der junge von Sjöbohm heute mittags in Stockholm war und seinen Vater besuchte hat.

Der Gelsenkirchener Doppelmörder begeht Selbstmord

Gelsenkirchen, 7. März. Der Schlosser Alfred Schwill, der heute nacht zwei Personen erschossen hat, beging nach der Tat Selbstmord. Er wurde heute vormittags an der Kanalbrücke Gelsenkirchen-Bismarck tot aufgefunden. Er soll den Doppelmord aus Eifersucht begangen haben.

Fast Millionen ins Ausland verschoben?

BRB. Berlin, 7. März. Die Steuerbehörde Berlin hat gegen eine Reihe von Steuerdefraudanten Haftbefehle erlassen. Wie wir erfahren, soll es sich um insgesamt fünf Personen und um einen Betrag von etwa acht Millionen Reichsmark handeln, der ins Ausland verschoben worden sein soll.

Prozeß wegen des zusammengebrochenen Städtstoffwerkes A.G. Waldenburg

Waldenburg, 5. März. Vor dem Landgericht begann heute ein Millionenprozeß, der sich mit dem Zusammenbruch der Städtstoffwerke A.G. Waldenburg befaßt, zu deren Mitbegründern Fürst von Pleß zählt. Das A.-G. der Gesellschaft betrug 8 Millionen RM, während das Projekt für die Errichtung der Städtstoffwerke sich auf 22 Millionen RM belief. Der Kontrollerwarteter Dr. Walter Waldenburg klagt gegen den Fürsten von Pleß eine Forderung von 4,5 Millionen RM ein. Gleichzeitig schweben vor dem Landgericht in Waldenburg weitere Millionenlagen bekannter deutscher Industrieunternehmen, der A.G. der Krupp-A.G. und der Borussia Werke.

Schnellschreibetford

Einem 18jährigen Angefallenen in Nijm (Hannover) gelang ein stenographischer Rekord: der junge Mann erreichte in einem kontrollierten Dreiminutentakt die Geschwindigkeit von 520 Silben pro Minute.

Der Vampyr von Straßburg

Auf Peter Kürtners Spuren — Rätsel um die Ermordung der Susanne Meier

Straßburg, den 7. März (Fig. Ber.) Das gerade auf kriminalistischem Gebiet das Gesicht der Serie Gestalt bestat, beweist ein Mordfall, der im Elsass das größte Aufsehen und namenlose Bestürzung hervorgerufen hat. Das Opfer des Mordes wurde die 18jährige Angestellte Susanne Meier aus Schiltigheim. Die näheren Umstände ihres Todes und das Verhalten des vorläufig noch nicht gefassten Mörders erinnern an den Fall Kürtners.

Stadtklatsch in Schiltigheim

Susanne Meier war von Beruf Stenotypistin. Sie stand allein im Leben und verdiente ihr Geld durch redliche Arbeit; ihre Schöneheit, von der man in Schiltigheim viel sprach, erleichterte ihr das Finden von Bekanntschaften, trug ihr aber auch im Sinne der Tradition der Kleinstädter den Ruf „grober Verkauftumsucht und Leichtfertigkeit“ ein. Susanne Meier schien indes der Stadtklatsch nicht weiter zu kümmern; Bierszeitlich ließ sie sich mit einem jungen Manne, den sie auf einem Ball kennen gelernt hatte, ihren Freundschaften erließ sie, daß jener junge Mann, der aus Straßburg kam, sie zu betreten beabsichtige.

Der Mörder schreibt

Das letztemal sah man das junge Mädchen in Schiltigheim, als es sich eines Abends von seinen Wirtsleuten verabschiedete, um angeblich für einige Stunden nach einem Vorort zu fahren. Am andern Morgen fehlten die Wirtsleute fest, daß die Mieterin nicht nach Hause gekommen war. Die Gendarmerie wurde in Kenntnis gesetzt. Zunächst nahm man an, daß das junge Mädchen mit einem Liebhaber durchgegangen sei. Man dachte an den Straßburger Freund. Doch — nach wenigen Tagen erhielt die Polizei nach dem Vorbild des Düsseldorfster Massenmörders einen Brief ausgestellt, in dem mitgeteilt wurde, daß die Leiche der Susanne Meier an einer genau bestimmten Stelle zwischen Schiltigheim und Kronenburg zu finden sei.

Man entschloß sich, an der angegebenen Stelle Nachforschungen anzustellen. Sie waren von Erfolg gekrönt.

Ein Stillschleichenverbrechen

In der Vertiefung eines Feldes zwischen Schiltigheim und Kronenburg fand man einen weiblichen Leichnam; der Tod war wie die Ärzte feststellten, durch Erhängen eingetreten. Ferner konstatierten die Sachverständigen, daß an dem Opfer ein Stillschleichenverbrechen verübt worden war. Beträchtliche Verwundungen führten zu dem Schluß, daß die Untat bereits vor mehreren Tagen verübt worden sein müßte. Die Identifizierung des nächtlich unbekannteten Leichnams erfolgte rasch; die sofort herbeigeholten Wirtsleute der Susanne Meier erkannten ihre Mieterin. Die Leiche wurde zur Beerdigung freigegeben.

Die Suche nach dem Täter, den der Volksmund den „Vampyr von Straßburg“ getauft hat, ist bisher ergebnislos verlaufen. Der Straßburger Freund Susanne Meiers hat sich nicht gemeldet. Er konnte auf nicht ermittelt werden. Man ist im Elsass davon überzeugt, daß er und niemand anders der Mörder ist. Mehrere bewährte Kriminalisten aus Paris sind in Schiltigheim eingetroffen, um die Untersuchung fortzuführen.

Bevorzugt Handarbeit

Burger Kalix

4 Pfennig

Partei-Nachrichten

Jakob Binder †

In der Nacht zum Montag starb in Karlsruhe, wo er sich in den letzten Jahren bei seiner Tochter aufhielt, infolge eines Herzleidens, unser Genosse Jakob Binder im Alter von 65 Jahren. Sein Tod weckt schmerzliche Erinnerungen bei unseren pfälzischen Parteigenossen und besonders bei den Genossen in Ludwigshafen. Jakob Binder, am 19. November 1866 in Jann im württembergischen Müggau geboren, kam in jungen Jahren als Bäckergehilfe nach Ludwigshafen. Mit Ehrhardt, Huber, Körner und der alten Garde der Partei widmete er sich nun der Partei und war bald einer der bekanntesten in ihren Reihen. Im Jahre 1900 wurde Jakob Binder in den Stadtrat in Ludwigshafen gewählt. An Stelle von Franz Joseph Ehrhart wurde Jakob Binder am 15. September 1908 in den Reichstag gewählt, dem er bis zum Jahre 1919 angehörte. 1920 wurde er zum Bürgermeister von Grünstadt gewählt, welches Amt er nach einigen Jahren wegen Krankheit niederlegte. In seinen letzten Lebensjahren war Jakob Binder sehr von Krankheit geplagt. Es mußte ihm sogar ein Bein abgenommen werden. Nun hat ihn ein sanfter Tod von seinen Leiden erlöst.

Mann über Bord!

Frankfurt a. M., 7. März (Eig. Draht). Der sozialdemokratische Bezirksparteilager für Hessen-Nassau nominierte als Spitzenkandidaten zum preußischen Landtag Erik Köfner. Der bisherige Spitzenkandidat Hans Marzahn, der nicht wieder aufgestellt wurde, und in diesen Tagen infolge Pensionierung aus dem Mitarbeiterstab der sozialdemokratischen Frankfurter Volkstimme ausgeschieden war, hat gleichzeitig seinen Übertritt zu den Sozialen um Seidewitz und Rosenfeld vollzogen.

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Rundgebungen zur Eisernen Front
und zur Reichspräsidentenwahl finden statt:

- Mittwoch, 9. März:
Wilderdingen: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Graf.
Arielsingen: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Gen. Böhringer (Karlsruhe).
Wölsbach: Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Gen. Stüb (Karlsruhe).
Gengenbach: Gründungsversammlung der Eisernen Front. Freitag, 11. März:
Hagsfeld: Abends 8 Uhr im „Bühnenhaus“. Referent: Gen. Reichslandtagsabgeordneter Dr. Marzahn-Karlsruhe.
Bersheim: Abends 8 Uhr im „Bären“. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpplin.
Blankensloh: Abends 8 Uhr. Referent: Gen. Wöhrner (Karlsruhe).
Eutingen: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Stadtd. Gen. Rasch (Karlsruhe).
Dersheim: Abends 8 Uhr. Referent: Stadtd. Gen. Rasch (Karlsruhe).

- Sonntag, 12. März:
Durlach-Mue: Abends 8 Uhr im Volkshaus. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpplin.
Erlingen: Abends 8 Uhr. Referent: Gen. Böhringer (Karlsruhe).
Rastatt (Amt Bretten): Abends 8 Uhr. Referent: Gen. Bischoff (Karlsruhe).
Suttenheim (Amt Bruchsal): Abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Weikmann (Karlsruhe).
Oberrombach (Amt Bruchsal): Abends 8 Uhr im „Hirs“. Referent: Gen. Wöhrner-Unterrombach.
Wörth (Amt Ettlingen): Abends 8 Uhr im „Volkshaus“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Rüdert (Karlsruhe).
Eppelmeier (Amt Rastatt): Abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent: Gen. Stüb (Karlsruhe).
Niederbühl, Amt Rastatt: Abends 8 Uhr im „Hirs“. Referent: Gen. Dröllinger-Karlsruhe.
Stein, Amt Bruchsal: Abends 8 Uhr im „Lamm“. Referent: Gen. Weikmann-Karlsruhe.

Sonstige Veranstaltungen finden statt:
Donnerstag, 10. März:
Sinsheim, Amt Bühl: Abends 8 Uhr in der „Azone“ Mitgliederversammlung. Gen. Trinkl spricht über „Die Stellungnahme der Partei zur politischen Lage“.

- Sonntag, 12. März:
Rastatt: Abends 8 Uhr im „Kreuz“ Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. Wöhrner über „Die Stellungnahme der Partei zur politischen Lage“.
Karlsruhe-Nippur: Abends 8 Uhr im „Eichhorn“ Filmvortrag: „Des Weibes Schwert“.

- Sonntag, 13. März:
Forbach, A. Rastatt: Mittags 1/2 Uhr Mitgliederversammlung. Landtagsabgeordneter Gen. Trinkl spricht über „Die Stellungnahme der Partei zur gegenwärtigen politischen Lage“.
Genossen! Bereitet sämtliche Veranstaltungen gründlich vor und werbt für Massenbesuch!
Versammlungen zur Reichspräsidentenwahl sind sofort festzusetzen und hierüber mitzuteilen!
Das Parteisekretariat.

Aus der Stadt Durlach

Bildungsvorträge für Erwerbslose
Am Mittwoch, 2. März d. J., fand der vierte Vortrag für Erwerbslose im Rathausaal statt. Professor Bauer vom Gymnasium vertrat es, dem an sich trocken erscheinenden Stoff „Hochdeutsch und Dialekt“ die interessante Seite abzugewinnen und seinen Zuhörern die Entstehung der deutschen Schriftsprache, die wir unter Bibelforschung verdanken, klar und deutlich auseinandersetzen. Neben der deutschen Schriftsprache aber dürfen die Dialekte durchaus nicht als minderwertig angesehen werden, sondern haben wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Im Anschluß daran las der Redner Proben aus der Dialektbildung seiner Heimat, der Pfalz, die mit allgemeinem Beifall quittiert wurden.
Für Mittwoch, 9. März, ist es gelungen, in einem Vortrag auch dem Interesse der Rabioliebhaber zu dienen. Herr Dipl.-Ing. Gerlach wird über die Grundlagen der Radiotechnik sprechen und seine Ausführungen durch praktische Versuche erläutern. Zum Zweck dieser Experimente findet der Vortrag im Physiksaal des Gymnasiums (St. Stad.) abends 8 Uhr statt.
Da der Eintritt zu den Vorträgen jeweils frei ist, wäre nur zu wünschen, daß die Erwerbslosen nebst Familienangehörigen zahlreich erscheinen.

Beamte und Drittes Reich

Wie uns von Beamten aus den verschiedenen Behörden mitgeteilt wird, wird unter den Beamten sehr lebhaft darüber gesprochen, daß nach einem etwaigen Sieg Hitlers sofort auch die die Beamten betreffenden Gehaltsabzüge wieder und den Beamten die bisherigen Gehaltsabzüge wieder nachgezahlt werden. Wie uns versichert wird, gibt es tatsächlich in zahlreichen Beamtenkreisen Leute genug, die einen solchen großen Schwund glauben. Es wird uns aus genauer Kenntnis der Sachlage versichert, daß es Beamte gibt, die bereits ausrechnen, wie groß die Summe ist, die sie dann so mit einem Schlag zu Beginn des Dritten Reiches nachgezahlt bekommen. Bemerkenswert dabei ist, daß insbesondere bei der Reichsbahn direkt in Karlsruhe dieser Schwund in hohem Maße im Umlauf ist und — vielfach auch geplant wird.

Es ist nun zwar schon Material in Hülle und Fülle dafür erbracht worden, daß der Faschismus die Beamten genau so schutzriegen würde, wie auch andere Bevölkerungskreise, falls er zur Macht käme. Aber es gibt halt auch unter den Beamten leider Menschen, die zu denen gehören, die niemals alle werden. Wie die Nationalsozialisten nach Übernahme der Macht mit den Beamten zu verfahren gedenken, darüber gibt eine Instruktion des Oberfeuerinspektors Claß, Darmstadt, Leiter der Beamtenabteilung der NSDAP, hinreichend Aufschluß. Die Instruktion datiert vom 26. Juli 1931 und ist von der Hoffnung aus diktiert, daß die Nazis bei den Hessenwahlen die Mehrheit und damit die Macht im Staate Hessen bekommen werden. Aus der Instruktion, die uns wortwörtlich vorliegt, zitieren wir aus Gründen des Raumes auszugswese das Folgende:

Fa. Claß, Leiter der Beamtenabteilung, Eigentum des H. v. Hessen-Darmstadt

Die Beamtenchaft und die kommende nationalsozialistische Regierung

Die von der kommenden nationalsozialistischen Regierung in Reich, Ländern und Gemeinden zum Wiederaufbau und zur Neugestaltung des Staates zu treffenden Maßnahmen können auch an der Beamtenchaft nicht vorübergehen, ohne hier tief einschneidend einzugreifen. Dabei handelt es sich um Fragen finanzieller Bedeutung (Besoldung) als auch um solche der öffentlich-rechtlichen Stellung des Beamtenstatus. Die von der Regierung zu erziehenden Maßnahmen werden sich gliedern:

- a) in solche, die sofort durchgeführt werden müssen, um die schlimmsten Mißstände zu beseitigen und
- b) solche auf längere Sicht, die dem organischen Aufbau des Staates im nat.los. Sinne dienen.

Da das Reich, die Länder und die Gemeinden, sowie das ganze schaffende Volk bei der Übernahme der Regierung finanziell vor einem Nichts stehen werden, werden auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung drakonische Sparmaßnahmen einleiten müssen, von denen auch die Beamtenchaft nicht ausgenommen werden kann. . . . Im Rahmen dieser Gesamtleistung wird sich auch das von der Beamtenchaft zu bringende Opfer halten müssen. Es ist dabei nicht möglich, jetzt schon zahlenmäßige Feststellungen nach dieser Richtung zu machen. . . .

Es ist eine feststehende Tatsache, daß bei den Besoldungsformen der Nachkriegszeit das Reich einschließlich Post und Bahn zweifellos noch den verarmtesten Weg gegangen ist, während Länder und Gemeinden und besonders letztere hemmungslos gehandelt haben, so daß die unebene Verteilung der Städte und Gemeinden mit auf ihre leistungsfähige Besoldungspolitik und die Hand in Hand gehende Aufblähung des Behördenapparates zurückzuführen ist. . . .

Gerade was den Stellenplan und die Festsetzung des Besoldungsdiensalters anbelangt, haben die Städte und auch die Länder unangehörig gehandelt. Es ist daher nicht mehr wie recht und billig, daß der sofort vorzunehmende Gehaltsabbau nicht schematisch auf die Reichs-, Länder- und Gemeindebeamten angewandt wird, sondern es muß so vorzugehen werden, daß es sich bei den höchsten Beamten stärker auswirkt als bei den niederen Beamten und bei diesen wieder stärker als bei den Reichsbeamten. Der Gehaltsabbau wird naturgemäß unter der Beamtenchaft einen gewissen Widerstand hervorrufen. . . .

Zur sofortigen Ersparnis von Kosten können folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Die Verlegung einer Anstellungs- und Beförderungssperre und
2. Die Entlassung von Anstellten, ausgenommen Frontsoldaten, soweit diese ohne Schädigung der Aufrechterhaltung des Dienstes möglich ist.

Weitere Sofortmaßnahmen, die die Beamtenchaft treffen, werden darin bestehen, zu prüfen, welche Ämter und Verwaltungsstellen sofort aufgehoben oder eingeschränkt werden können. . . . Welche Ämter und Dienststellen sofort aufhebungsreif sind, kann im Augenblick noch nicht angegeben werden. Durch sachkundige Beobachtung, wozu uns die nat.los. Beamtenorganisation Handlungsanweisungen erteilt wird, werden sich leicht die notwendigen Feststellungen treffen lassen. . . .

Insbesondere wird man alle in der Nachkriegszeit geschaffenen Ämter und Dienststellen unter die Lupe nehmen müssen. Denn im großen und ganzen haben sich diese als Herde der Verschwendung und Korruption herausgebildet, erklärlich, waren sie doch das Dorado der Botsen und Stellenjäger. Unmittelbar als aufhebungsreif möchte ich die städtischen Wohnungs- und Mietverwaltungen bezeichnen. Fallen diese Ämter, dann werden bei allen Behörden und Dienststellen Beamte, die heute eine unfruchtbare Tätigkeit in der Wohnungsfürsorge ausüben, frei. . . .

Rechtlich liegen auch die Verhältnisse im Reich. Inwiefern hier die Arbeitsämter und sonstige mit der sozialen Fürsorge betrauten Reichsbehörden aufhebungsreif sind, vermag ich zunächst nicht zu untercheiden. . . .

Im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform dürfte m. E. auch eine Reform des Besoldungswesens für die Beamten spruchreif werden.

Grundlag muß dabei sein, das Leistungsprinzip in den Vordergrund zu stellen. Das wird zur Folge haben, daß man sich von der schematischen Gleichmacherei der Besoldungsleiter der Nachkriegszeit freimacht. Das aus demokratischen Anschauungen von stark marxistischen Gedankenansätzen beeinflusste Besoldungsgeleit vom 17. Dezember 1920 hat neben den Einzelgehältern 13 Besoldungsgruppen vor. . . . Die Zusammenpressung von den so verschiedenartig tätigen Beamten in den wenigen Gruppen hat zu einer eben Gleichmacherei geführt, die eine Masse von Beamten dadurch in höhere Gruppen, worauf sie nach Leistung, Vor- und Ausbildung keinen Anspruch hatten, einreichte, gleichzeitig die qualifizierten Beamten, die früher aus der Masse herausgehoben waren, auf das Niveau eben dieser Masse zurückführte. . . .

Ich sehe weiter auf dem Standpunkt, daß die Reichs-, Länder- und Gemeindebeamten unterschiedlich besoldet werden, und zwar die Reichs- und Länderbeamten (Preußen) höher als die städtischen Beamten. . . .

Neben den Fragen finanzieller Natur werden im Rahmen des organischen Staatsaufbaues auch solche des Beamtenrechts und der Beamtenvertretung im Städteparlament akut. . . .

Hell Hitler!
Darmstadt, den 26. Juli 1931.

Also statt der schwundhaft versprochenen Nachzahlung der bisherigen Gehaltsabzüge gibt es nach dem Naziführer Claß in Darmstadt auch für die Beamten nur „drakonische Sparmaßnahmen“. Und nach dem Rezept des anderen Naziführers Best wird der kurzherdend einfach erhoffenen, der dagegen auszumachen magt. Besonders charakteristisch in diesem Schreiben ist auch, daß vor allen Dingen alle Ämter aufgehoben werden sollen, die irgendwie der sozialen Fürsorge dienen, daß auch der Wohnungs- und Mieterhülfe sofort gründlich befehligt werden soll, ebenso die Arbeitsämter usw. Das entspricht durchaus den programmatischen Absichten der Nazis, die den Arbeitern alle Rechte nehmen wollen, und beabsichtigen, sie in ein Helotenleben herabzudrücken. Zu diesem Zwecke fließen ja auch die Millionensummen aus den Geldbeschränkungen der Großindustrie in die Nazikassen. Für die Gemeindebeamten wird es besonders interessant sein, aus der Instruktion des Naziführers Claß zu erfahren, daß man besonders bei der Kürzung ihrer Gehälter zu „drakonischen Maßnahmen“ greifen wird.

Die Lernmittelfreiheit in Durlach ernstlich bedroht

Ein sozialistischer Antrag

Die Vertretergruppe des Evans. Volksdienstes im Bürgerausschuß und Stadtrat verlangt für das kommende Etatsjahr die Aufhebung der Lernmittelfreiheit als Obligatorium. Nur in Bedarfsfällen soll künftig die Lernmittelfreiheit gewährt und dabei möglichst tolerant verfahren werden. Die mittlere finanzielle Lage der Stadt wird als Begründung angeführt. Es soll also auch hier der Vorkriegszustand wieder hergestellt, es soll also auch hier wieder den Armen, den Mittellosen das Odium der Bedürftigkeitsprüfung, den Opfern der Wirtschaftskrisen und ihren Kindern die moralische Markierung der Minderwertigkeit, weil sie arm sind, auferlegt werden, denn darauf läuft doch diese Aktion letzten Endes hinaus. Das waren doch in der Hauptsache die Gründe, welche die Einfügung des Postulats der Lernmittelfreiheit in die Weimarer Verfassung veranlaßten. Daß der finanzielle Effekt nicht besonders groß sein kann, erweist sich aus der derzeitigen materiellen Lage des Großteils der hiesigen Bevölkerung, nicht bloß der Arbeiter, sondern auch zahlreicher Kleinhandwerker. Der Aufwand für die Lernmittelfreiheit an der Volkshochschule war im Voranschlag 1931 mit 10 000 veranschlagt. Er dürfte 1932 infolge des Preisabbaues unter dieser Summe bleiben. Nimmt man nun an, und man kann das begründeter Weise, daß voraussichtlich über die Hälfte der Volkshochschüler unter den Begriff der „Bedürftigen“ fallen, würde etwa mit einer tatsächlichen Ersparnis von 2000 bis 3000 M zu rechnen sein, d. h. etwa mit der Hälfte der Summe, welche Bürgerausschuß und Stadtrat bei der famosen Bürgermeierwahl verpulvert haben. Man kann also mit Frey und Recht sagen, die Armen sollen die Kosten der bürgerlich-kommunistischen Schildebürgerien tragen. Bei der heutigen Zusammenlegung von Stadtrat und Bürgerausschuß und der bekannten bürgerlichen Einstellung ist leider ernstlich damit zu rechnen, daß der Antrag des Evans. Volksdienstes eine Wechsellagerung erhält.

Wir stellen fest: die wertvolle Bevölkerung, gegen welche sich die Tendenz dieses Antrags in erster Linie richtet, bildet hier die überaus große Mehrzahl. Aber dank ihrer politischen Zerrissenheit und dadurch bedingten politischen Ohnmacht, schreibt das zahlenmäßige sich in der Minderheit befindliche Bürgerium den politischen Kurs vor und der heißt: Rückwärts, und was das traurige an der Sache ist: unter demüthet und planmäßiger Förderung durch die Kommunisten.

Ein sog. „Koles Einheitskomitee“, wenn man den Einladungsartikeln glauben schenken darf, sich zusammenschließend aus Kommunisten, SA, und „Mitgliedern“ der Friedensgesellschaft, hatte auf letzten Samstag eine, nebenbei bemerkt, sehr schwach besuchte öffentliche Versammlung mit dem Thema „Präsidentenwahl und rote Einheitsfront“ einberufen. Also der alte Einheitschwund. Was uns an der Sache interessiert erscheint, ist die „Einbindung“ der SA, in die rote Front“. Erhebt sich doch dadurch gerechtfertigt, was wir vorzuschauen, nämlich die Partei der Sozialen ist ein kommunistisches Anhängel, trotz des eigenen Namens, sie reißt sich, genau wie die Kommunisten, als freiwillige Kampftruppe für den Faschismus ein. Denn daß die Propagierung der Wahl Thälmanns die Position Hitlers stärkt, stärken muß, weiß jeder Vernünftige, wissen auch die Kommunisten ganz genau, aber ihr Haß gegen die Sozialdemokratie ist eben stärker und die SA, schließt sich an, getreu in diese Fußstapfen zu treten. Welchen Gewinn das Gesamtproletariat davon hat, haben wir in einem kleinen Ausschnitt Lernmittelfreiheit in Durlach geseht.

Verfasser: Georg Schöpplin Verantwortlich: Volmt, Pressenrat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, letzte Nachrichten: E. Grunbaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Reichsbildliche Chronik, Aus Mittelhessen, Durlach, Gerichtszeitung, Heutige, Die Zeit der Frau: Hermann Binner, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Anstifter: Josef Giesele, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Bräuer, Eämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen. Mit den reichs- und landesrechtlichen Durchführungsbestimmungen und Reichsstraßenverkehrsamt für Güter und Tiere. Mit Einleitung und Verweisungen und Sachverständigen von Dr. Fritz Oppenheimer, Rechtsanwalt in Karlsruhe. Berlin 1932. Carl Schmiedemann Verlag. Preis 2 Mark. Von 25 Exemplaren an je 1.50 Mark, von 50 Exemplaren an je 1.75 Mark, von 100 Exemplaren an je 2.00 Mark. Das Vorrecht hat den Ueberlandverkehr neu geregelt. Problem es werden geschaffen ist, macht schon jetzt eine Anzahl reichs- und landesrechtlicher Durch- und Ausführungsbestimmungen es sogar dem Sachverstand oft schwer, es richtig anzulegen. Aufgabe dieses Buches ist es deshalb, die zahlreichen Kreis- und Kreisverbänden durch Verweisungen klarzustellen und dadurch sowie durch den Abdruck des Reichsstraßenverkehrsamt in der allerneuesten Fassung einem dringenden Bedürfnis der Praxis abzuhelfen. Die Schrift ist für den Sachverständigen nicht nur ein Handbuch, sondern sie gibt ihm auch die Sicherheit, daß er keine gesetzliche Vorschrift übersehen hat. Eine die ganze Materie in ihren Grundzügen darstellende Einleitung und ein ausführliches Sachverzeichnis ermöglichen es auch dem Laien, sich schnell zurecht zu finden.

Gewerkschaftliches

Erweiterung des Gesamtverbandes

Der freigewerkschaftliche Reichsverband der Steuer- und Zollbeamten beschloß auf einem außerordentlichen Verbandstag gegen drei Stimmenhaltungen seinen Uebertritt zum Gesamtverband. Damit ist auf dem Wege der gewerkschaftlichen Konzentration ein weiterer wichtiger Schritt zurückgelegt. Der Reichsverband, der jetzt als Fachgruppe dem Gesamtverband angegliedert ist, wird sich bei seinen künftigen Forderungen auf die Masse der Mitglieder des Gesamtverbandes, d. h. auf 700 000 Mitstreiter stützen können.

Jugendchutz gegen Verhehung

Der Reichsinnenminister, der an alle Parteien des Reichstags die Mahnung richtete, ganz allgemein die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung der wahlmündigen Jugend einzustellen, könnte auch von sich aus etwas zum Schutz der Jugend gegen Verhehung tun. Dieser Verhehung sind am gefährlichsten die jugendlichen Arbeitslosen ausgesetzt. Unter ihnen suchen die Demagogen der Kommunisten und Nationalsozialisten vor allem ihre Beute, und der jugendliche Erwerbslose, der in einem von der Berliner Morgenpost veröffentlichten „Appell an Grüner“ auf diese Gefahr aufmerksam gemacht hat, spricht bestimmt für Tausende und aber Tausende seiner Leidensgenossen. „Was wir Jugendlichen — so heißt es in dem Appell an Grüner — vor allem wünschen, ist die Möglichkeit einer Betätigung, und was wir Jugendlichen vor allem bedauern, ist, daß man für unsere physische und geistige Not so wenig Verständnis hat. Wenn man uns schon keine Arbeit geben kann, so soll man doch wenigstens etwas tun, um unseren Geist nicht brachliegen zu lassen.“

Im Herbst des vergangenen Jahres haben die Gewerkschaften von der Regierung die Bereitstellung von Mitteln für eine kulturelle Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen gefordert. Das Reichsarbeitsministerium ließ damals durchblicken, daß mit der Bereitstellung von 1 Million Mark für diesen Zweck gerechnet werden könne. Federführend in dieser Frage ist jedoch das Reichs-

innenministerium. Bis zur Stunde ist die Finanzierung der kulturellen Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen noch immer nicht erledigt. Der Winter ist bald herum, und geschehen ist nichts.

Schändliche Löhne in der Schweiz

In unserem Züricher Parteiorgan lesen wir:

„Der schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband hat Erhebungen über die gegenwärtigen Verhältnisse der Winterthurer Metallarbeiter gemacht. Sie haben ergeben:

Daß die 5300 Metallarbeiter in Winterthur, Lohn- und Teilarbeitslosenunterstützung eingerechnet, jetzt noch über ein jährliches Einkommen von 2200 bis 2400 Franken verfügen.

Ein großer Teil der Arbeiter erhält, Lohn und Unterstützung zusammengekommen, monatlich nicht einmal mehr 200 Franken. 25 bis 30 Proz. dieses Einkommens entfallen zum vornherein auf die Wohnungsmiete. Wissen die Herren, die da von überlebensbedingter Not reden, was es heißt, mit 150 oder 140 Franken monatlich eine Familie zu ernähren? Sind diese Menschen nicht schon arm genug? Kann man es überhaupt verantworten, vor einem zweiten Lohnabbau in der Exportindustrie auch nur zu reden?

Wir glauben, daß es vielmehr an der Zeit ist, daß der Staat hier zum Rechte steht. Wir fordern, daß die eidgenössischen Behörden sofort amtliche Erhebungen anordnen und daß durch staatliche Maßnahmen, zum Beispiel durch Mietzinszuschüsse, diese Gruppen der Arbeiterklasse vor völliger Verarmung geschützt werden.“

Der Deutsche Werkmeister-Verband Ortsverein Karlsruhe

hielt am 1. März seine Monatsversammlung ab, die der Vorsitzende Kollege Stahl leitete. Kollege Spachholz hielt ein kurzes

Referat über die Bedeutung der Eisernen Front für die Gewerkschaften und forderte am Schluß seiner Rede die Kollegen auf, derselben beizutreten. Im gleichen Sinne sprachen in der Diskussion die Kollegen Frischmuth, Köhl und Kaufmann. Die Ausführungen fanden in der Versammlung allgemeinen Anklang. Der Schriftführer Gierert wurde beauftragt, dem Koll. Kaabe die Glückwünsche des Verbandes zu seinem Jubiläum zu überbringen und die Ehrenurkunde nebst Ehrennadel und Geldgeschenk zu überreichen. — Darauf hielt der Kollege Severin einen längeren Vortrag über das „Konsumgenossenschaftswesen“, gab ein Bild über die Entstehung und Entwicklung derselben an Hand von reichem Material und forderte auf, für den Beitritt dazu überall zu werben. Verschiedene Anfragen aus der Versammlung beantwortete Kollege Spachholz in feiner Eigenart als Auswahlmittglied des Lebensbedürfnisvereins in einabender Weise. Auch der Geschäftsführer Frischmuth nahm zu dem Konsumgenossenschaftswesen Stellung. Es folgte eine rege Diskussion, an der sich besonders die Kollegen Hines, A. Schulz und Kade beteiligten. — Kollege Stahl hielt bekannt, daß in der nächsten Monatsversammlung ein Vortrag über „Die Auswirkungen der Wirtens Notverordnung auf die Anstellungsverhältnisse“ gehalten wird.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Beingarten (Sitzung am 3. März 1932)

Von der Sammlung der Badischen Volksgemeinschaft wurde Kenntnis genommen. Dem Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde ein Beitrag bewilligt. Für den Gartenfest wurde Feuer- und Strohfleierung vergeben. Dem Antrag der Frau. Feuerwehrt zur Instandhaltung ihrer Würtungen wurde stattgegeben. Die Instandhaltung des Geräteraumes der Freiwilligen Sanitätskolonne wurde genehmigt. Antrag auf Ermäßigung der Fischwasserpacht wurde abgelehnt. Pachtverminderung für das Gasthaus „Zum Lamm“ sollte nicht entzogen werden. Mehrere Unterstützungs- und Beihilfungsanträge, sowie Einbürgerungs- und Nachlassangelegenheiten auf Gemeinderatsanträge wurden verabschiedet.

Resi 330, 600, 830
Neute leizimals
Ronny
Ab morgen: **Stürme der Leidenschaft** mit
Emil Jannings
Anna Sten

!Sonderverkauf!
zu weit herabgesetzten Preisen!
Günstige Kaufgelegenheit zu Konfirmation-,
Oster- und Kommunion-Geschenke
Schmuck :: Uhren :: Brillanten :: Trauringe
Bestecke :: Tafelgeräte :: Bleikristalle
Friedrich Abt, Waldstraße 4, Telefon 7684
Ankauf und Umtausch von altem Gold und Silber

Zwangs-Versteigerung.
Mittwoch, den 9. März 1932, nachmittags 2 Uhr,
werde ich in Karlsruhe im Handelslot gegen
bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich
versteigern:
1 Warenschrank, 1 Kassetenschrank, 1 Rollab-
schrank, 7 Bücherschränke, 1 Kassetenschrank, 4
Schreibtischstühle, 6 Stühle, 10 Stühle,
1 Schreibtischstühle, 3 Wägen, 2 Kommoden,
1 Spiegel, 4 Spiegelschränke, 1 Radioapparat,
4 Sofa, 3 Schreibmaschinen, 2 Schreibmaschinen-
tische, 3 Schreibmaschinen, 1 Stuhl, 2 Klaviere,
1 Kassetenschrank, 1 Wanduhr, 2 Seffel, 1 Blumen-
gestell, 4 Leinwandmalerei, 2 Seffel, 1 t. Schloß-
schlüssel, 1 Waschbecken, 1 Badewanne, 1 Wasch-
maschine, 1 Waschkommode, 1 Sitrine und ver-
schiedenes andere.
Karlsruhe, 5. März 1932.
Friedrich, Gerichtsvolkzieher.

Wittwoos ist Kindertag!
Aus unserer Abteilung:
Alles für's Kind
Kinderkleid aus karierten Stoffen, mit weissem Überrocken, Größe 0-1, 1,95
Kinderstrumpf 2 Paar 45
Gr. 5-10 1 Paar 45

Ämtliche Bekanntmachungen
Deffentliche Zahlungserinnerung.
Es sind zu entrichten auf:
10. März Umsatzsteueranzahlung der Ro-
natszahler für Februar 1932.
10. März Einkommensteuer- und Körperschaft-
steueranzahlung für das erste
Kalenderdritteljahr 1932 sowie die
Krisensteuer der Einkommensteuer-
pflichtigen für das erste Halbjahr 1932.
Nicht rechtzeitige Zahlung hat die Festlegung
von Verzugszuschlägen in Höhe von 1,5 v. H.
für jeden angefangenen halben Monat zur Folge.
Bargeldlose Zahlung unter Angabe der
Steuernummer wird empfohlen.
Karlsruhe, den 7. März 1932. 387
Die Finanzämter Karlsruhe Stadt und
Land, Durck und Ertlingen.

Billiger Osterverkauf!
Reue 1617
Chaffelung
Dimans
u. 45.- an
Welt-Chaffelung von 65 an, Couchsofa
von 88 an, Seffel b. 30 an, la Qualität
Polstermöbel, H. & H. Ter, Schupentr. 25
In verkaufen ein
Handleitwagen
4-5 Jährig, Tragkraft
Wolfsradweler,
Dauert. 27.
Federjake sowie ein
eleganter schwarzer
Kleid, Gr. 100, billig
zu verkaufen. 3838
Zropoldstraße 11, 1V.

Minderung des Umsatzes
darf nicht etwa Einschränkung der Werbung zur Folge haben.
Werbung soll auf die Firma hinweisen und zum Kauf reizen.
Die Inserate im Volksfreund leisten das Publikum beim
Einkauf. Bis zur letzten Minute muß man durch
Inserate werben. Das Zeitungsinserat ist ein sehr
wichtiges Hilfsmittel jedes Warenangebots!

Küche
karol pineator las.
sämtliche Platten mit
Linoleum sämtliche
Böden mit Stragula
belegt, Ecken ge-
rundet besteht aus
1 Küchenbüfett mit
hübscher Bespan-
nung,
1 Kredenz,
1 Tisch,
2 Stühle
175.-
sehr beliebt. Modell
Möbel Kramer
Karlsruhe, Kaiserstr. 33

Im weißen Rößl
Singspiel
von Ralph Benaght
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Herr
Rittwilde: Klant
Wenter,
Seifert, Seiling,
Kallisch, Brand,
Ernst, Gemmede,
J. Gröbinger, Höder,
Holtbach, Kallbach,
Kloeb, Luther,
Rehner, S. Müller,
Reiter, Köhler,
G. Gröbinger, Jung,
Allan, Kleinbus, Rühr
Vindemann, Reber,
S. Müller, Kögel,
Sonntag
Anfang 20 Uhr
Ende 23 Uhr

Deffentliche Kundgebung für Hindenburg
in der städtischen Festhalle
Mittwoch, den 9. März 1932, 20 Uhr
Orgelvorspiel:
WILHELM KRAUSS, von der badisch. Hochschule für Musik
Ansprechen:
Professor Dr. K. HOLL, Rektor der Frideriziana — Stadtver-
ordneter ALBERT KESSLER — Stadtverordneter K. F.
WERNET — Staatspräsident Dr. J. SCHMITT
Deutschlandlied
Unkostenbeitrag 20 Pfg. — Numerierte Plätze 1.- Mk. — Kassenöffnung 19.30 Uhr
Vorverkauf: Ludwig Bertsch, Kaiserstraße 165, Franz Josef Sonner, Kaiserallee 5,
Friedrich Töpfer, Kriegsstraße 3a, Georg-Friedrich-Straße 25
Hindenburg-Ausschuß für die Stadt Karlsruhe

Gaggenauer Anzeigen
Brennholz- und Schlagraum-
versteigerung betr.
Die Stadtgemeinde Gaggenau versteigert am
Mittwoch, den 9. März, nachm. um 2 Uhr,
in ihrem Gemeinwald links der Warg 5 Hekt
Schlagraum und ca. 20 Ster Lammes-, Brägel-
und Scheiterbrennholz.
Zusammenkunft an der Wargbrücke.
Gesundheitsbersteigerung betr.
Im Auftrage des Landrats Herrhard Fütterer
in Rotenfeld wird dessen nachverzeichnetes
Grundstück am Donnerstag, den 10. März 1932,
abends 6 Uhr, im Rathaus in Gaggenau
(Bürgeraal) öffentlich versteigert: Zgb. Nr. 2455
= 9 ar 34 qm Wiese im Gehmann untere
Bruchhölzer.
Die Versteigerungsbedingungen werden im
Termin bekanntgegeben.
Witterberatungsbunde betr.
Die nächste Witterberatungsbunde findet am
Mittwoch, den 9. März, mittags 2 Uhr,
im Rathaus (Bürgeraal) statt.
Gaggenau, den 7. März 1932.
Der Bürgermeister,
S. H. H. H.

VOLKSBUHNE
Rot abholen!
Colosseum
Heute 9.30 Uhr
Großkammerabend
Küpper-Paradano
Entscheidungskampf
der beiden Matadore:
Oose-Landau (42)
Entscheidungskampf:
Schulz-Urbach
Entscheidungskampf:
Fehlinger-Kod

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe
Todes-Anzeige
Den Mitgliedern die Trauernachricht, daß unser langjähriger verdien-
ter Genosse
Jakob Binder
Bürgermeister i. N.
gestorben ist. Die Feuerbestattung
findet Mittwoch vormittags 1/10 Uhr
statt und eruchen wir um zahlreichste
Beteiligung.
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die gütige Teilnahme, die mir
bei dem Ableben meines lieben Gat-
ten dargebracht wurde, insbesondere
auch für die Teilnahme an der Be-
erdigung und für die herrlichen
meinen herzlichen Dank aus. Ganz
besonders danke ich für die trostvol-
len Grabreden u. Kranzüberlegung
dem Straßenbahnamt und der Stadt
Karlsruhe, dem Führer der
Straßenbahn, der Stationleitung der
Straßenbahn und nicht zuletzt dem
Gelangverein der Straßenbahn
für den sehr schönen, erhabenen ge-
wöhnlichen sehr ergreifenden Kranz
und Kranzüberlegung.
Karlsruhe, den 7. März 1932.
Ehrentafelstraße 10.
Frau Emil Graf Wwe.

Webers
Rohlenherde
auf Festzahlung bei
kleiner Anzahlung
billig zu verkaufen
Ihr alter Herd wird
in Zahlung genom-
men. Wilhelmstr. 63.
14 junge Regenhühner
zu verkaufen. Dulaß,
Eigenhardtstraße 80.